Otto Fricke

- (A) (Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Ihre Panik hätte ich sehen wollen, wenn wir das wirklich angenommen hätten!)

Es ist nicht so, dass man sagt, es sei gut, dass die Vorschläge gemacht werden. Nein, man versucht, es kleinzureden.

Seien wir alle ehrlich: Das Hauptproblem, das wir als Haushälter haben, ist doch ein anderes. W

. Es ist doch ganz einfach so, dass wir gegenüber früher folgendes Ergebnis haben: Als Haushälter entscheiden wir doch nicht mehr wirklich darüber, ob unser Haushalt ins Defizit rutscht. Das Defizit entsteht durch Leistungsgesetze, die uns die Sozial- und Arbeitsmarktpolitiker unserer eigenen Fraktionen – meine muss ich dabei ausdrücklich ausnehmen – vorlegen.

Ich weiß gar nicht, wo sich Herr Diller jetzt hinbewegt hat.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Er sitzt da vorne!)

– Ah, er sitzt da vorne. – Jetzt kommt Herr Diller und sagt, unsere Vorschläge seien schlecht. Ich nenne nur ein kleines Beispiel, nämlich den Steuerzuschuss an die Krankenkassen. In diesem Jahr gehen 2,5 Milliarden Euro an die Krankenkassen. Die CDU/CSU hat brav mitgeholfen, die SPD hat sich nicht dagegen gewehrt. Die Gesundheitsministerin hat sogar gelächelt und sich gefreut, während der Finanzminister – das möchte ich ausdrücklich sagen – wirklich in die Tischkante gebissen und gesagt hat, er sei ein solidarischer Minister und er tue das.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nur die Liberalen sind unschuldig! Wir waschen unsere Hände in Unschuld – so geht es auf Dauer auch nicht, Herr Kollege Fricke!)

Jetzt stellen Sie aufgrund der Klauseln, die Sie selbst eingefügt haben, fest, dass Sie das am liebsten rückgängig machen wollen. Als wir aber den Antrag hier gestellt und gesagt haben, dass wir das genau so machen sollten, um einzusparen, da war das unsozial.

(Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Das ist bei Ihnen immer so!)

Nachher kommen Sie immer wieder zu dem Ergebnis, dass die Vorschläge, die auf den ersten Blick kurzfristig unsozial sind, das sind, was der Haushalt sein sollte, nämlich langfristig verantwortungsvoll.

Denn jeder Euro, den Sie an Neuverschuldung nehmen – Sie tragen die Verantwortung –, ist ein Euro, den wir und unsere Kinder und Kindeskinde irgendwann einmal über Steuern zurückzahlen müssen. Das müssen Sie den Bürgern sagen. Jeder neue Euro Schulden heißt: Ihr zahlt später höhere Steuern. Hier nehmen wir als Politiker – das will ich für die FDP ausdrücklich sagen – eine Verantwortung wahr. Wir haben sie übrigens auch durch die Verfassungsklage wahrgenommen.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die steht im Widerspruch zu Ihrem dicken Buch!)

(C)

– Sie steht nicht dazu im Widerspruch.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich meine Ihre Vorschläge!)

Das Gericht urteilt unabhängig vom Verhalten der Opposition über den eigentlichen Gesetzentwurf und dessen Verfassungsmäßigkeit. Dabei ist egal, was dagegen oder dafür beantragt wird.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was Sie hier sagen und argumentieren, ist egal, das stimmt!)

Es ist eine objektive Kontrolle. Ich wäre froh – und ich glaube, das gilt, wenn wir ehrlich sind, für uns alle –, wenn das Verfassungsgericht uns Haushaltspolitiker manchmal in die Schranken weisen würde. Wir Politiker haben immer wieder einen Fehler gemacht, von dem wir uns als FDP mit diesem Buch nun getrennt haben: Wir haben den Bürgern immer wieder mehr versprochen, als möglich war.

Wir müssen die Bürger mitnehmen, wir müssen ihnen sagen, dass wir über unsere Verhältnisse leben. Wir müssen überall sparen, jeder muss seinen eigenen Gürtel enger schnallen, um überhaupt auf die Füße zu kommen.

Zum Schluss: Der Bundeskanzler hat einmal gesagt,

(Zuruf von der SPD: Welcher?)

(D)

woran man ihn messen soll. Er hat das klar und deutlich gesagt. Ich frage Sie daher: Wollen Sie nicht ehrlicherweise zugeben, dass der Bundeskanzler, wenn man ihn an den Haushaltszahlen und Wirtschaftsdaten misst, die Messlatte nicht nur unterschreitet, sondern darunter durchtaucht? Das ist das Ergebnis Ihrer Haushaltspolitik, das liegt in Ihrer Hand.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Petra Merkel, SPD-Fraktion.

Petra-Evelyne Merkel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass die Atmosphäre etwas ruhiger geworden ist. Auch im Ausschuss haben wir in Ruhe diskutiert. Das finde ich bei diesem Thema wirklich wichtig; denn die Situation ist ernst und wir nehmen sie auch ernst. Es ist richtig, was Herr Fricke gesagt hat: Die Situation ist nicht hoffnungslos.

Herr Fricke, Sie haben Ihr Buch hoch gehalten, schlagen Sie doch einmal eine beliebige Seite auf. Sie werden sicher einen Volltreffer landen; denn Sie haben auf jeder Seite um 1 000 Euro gekürzt. Wenn Sie auf 440 Seiten um jeweils 1 000 Euro kürzen, kommt etwas heraus.

Petra-Evelyne Merkel

- (A) (Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Es sind 12,5 Milliarden Euro!)

Ich gebe ja zu, dass Sie sich Mühe geben. Das ist doch schon etwas.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sie machen gar nichts! Von Ihnen kommt gar nichts!)

Vielleicht hätten Sie sich aber schon am Anfang der Legislaturperiode Mühe geben müssen, als es wirklich um den drastischen Abbau von Subventionen ging.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Um wie viele Milliarden haben Sie die Steinkohlesubventionen gesteigert? Gucken Sie einmal nach! Wie viele Milliarden zusätzlich?)

Wo waren Sie, als es um das Steuervergünstigungsabbaugesetz – ein Wortungetüm, hinter dem drastischer Subventionsabbau steckt – ging? Damals haben wir uns nahezu mit jedem und jeder im Land angelegt. Ich kann mich noch sehr gut erinnern: Damals sind Sie abgetaucht, damals wollten Sie nicht mitmachen. Sie schreiben bei jedem Punkt, wir sollen Subventionen abbauen, aber damals haben Sie nicht mitgemacht.

Ich kann mich noch gut an die Gespräche erinnern, die ich darüber mit meinem Blu

Ilten. Er sagte: Wie können Sie das machen? Dann müssen wir entlassen. Das ist dramatisch. – Das war im November.

- (B) (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wie machen Sie das mit den 16 Milliarden Euro?)

W leichermaßen runtersetzen.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das haben Sie nicht gemacht! Sie haben die Sonntage und Feiertage herausgenommen!)

W - bekenntnis ablegen, sondern müssen ihn wirklich machen.

Wissen Sie, welches Ergebnis es gab? Anfang Januar hatten wir das Gesetz zwar nicht umgesetzt, aber die Blumen waren teurer. Als ich fragte, wie kommt das eigentlich, antwortete mein Blumenhändler: Mehrwertsteuererhöhung. Ich sagte, das kann doch gar nicht sein, wir haben sie doch gar nicht erhöht. Der Großhandel hat die Preise erhöht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Welche Schlussfolgerungen für die Sanierung des Haushalts ziehen Sie daraus?)

Vor diesem Hintergrund muss ich sagen, wir müssen schneller arbeiten, schneller herangehen und manchmal mutiger springen. Wir dürfen nicht so kleinmütig wie in der Vergangenheit sein.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Legen Sie Vorschläge vor!)

Der Subventionsabbau wäre uns nicht leicht gefallen, aber wir hätten den Etat insgesamt um 42 Milliarden Euro entlastet. (C)

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sie legen nichts vor! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Aber die Steuerpolitik macht nicht der Blumenhändler, sondern der Bundesfinanzminister!)

Nach la lungsausschuss konnten wir die Subventionen um 11 Milliarden Euro kürzen. Unser Ziel waren aber 42 Milliarden Euro. Sie sind weggetaucht, weil Sie sich nicht mit ihrer eigenen Klientel anlegen wollten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

So kommen wir aber nicht weiter. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Ich bin sicher, ihre Umsetzung wäre möglich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wie ist es mit der Steinkohle?)

– Herr Kampeter, niemand hat ein Patentrezept. Keiner kennt den Königsweg.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das stimmt!)

W lichkeit vorgeschlagen. Sie jedoch haben nicht eingeschlagen, sondern sind weggetaucht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Zwei Drittel haben wir mitgemacht! So viel konstruktive Opposition gab es noch nie!) (D)

Ich finde es gut, dass die SPD heute noch einmal einen Vorstoß zum Abschluss eines Finanzpakts gemacht hat. Hier müssen wir schauen, was bei Steuerhinterziehung, beim Abbau von Steuervergünstigungen – u –, bei der Erbschaftsbesteuerung und was bei den Föderalismusstrukturen passiert.

(Ba [CDU/CSU]: Wer hat denn die Föderalismuskommission scheitern lassen?)

W

Wenn heute einer in diese Diskussion reinzappt, schlägt er die Hände über dem Kopf zusammen. W

fen.

Wir haben auch eine Menge gemacht. Es ist nicht so, dass wir untätig gewesen sind. Das gilt beispielsweise für die Stabilisierung der Sozialsysteme. Auch das ist nicht einfach gewesen. Wir haben die Sozialversicherung

. Da ging es um 4 bis 5 Prozent. Das war eine unglaubliche Leistung. Bei den Krankenkassenbeiträgen ist eine Senkung erfolgt und die Rentenbeiträge

Petra-Evelyne Merkel

- (A) sind auf 19,5 Prozent stabilisiert worden und nicht auf 21 oder 22 Prozent gewachsen.

(Ba [CDU/CSU]: Was heißt denn das?)

W -
halten bzw. gesenkt.

Wir wissen alle, dass wir noch mehr machen müssen. Das Gesundheitssystem ist noch nicht so stabil, wie wir es brauchen. Deswegen stellt sich auch die Frage nach einer Bürgerversicherung, nach neuen Systemen, um unser System im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zu verbessern. Die Bürgerversicherung ist eine Antwort auf die Fragen zum Gesundheitssystem. Meine persönliche Auffassung ist, dass wir in dieser Form – alle sind beteiligt und alle müssen mit einzahlen – a

-
markt auf den Weg gebracht. Das fiel uns allen nicht leicht, aber wir haben es geschafft. Auch durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe haben wir eines geschafft: Wir haben den Kommunen durch den Wegfall der Sozialhilfe Luft verschafft; denn über 90 Prozent der Sozialhilfeempfänger sind aus der Sozialhilfe herausgefallen –

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, auch Sie müssen zum Ende kommen.

Petra-Evelyne Merkel (SPD):

- (B) – u losengeld II. Das schafft den Kommunen genau wie die Gemeindefinanzierung Spielraum.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das Problem ist allerdings, bei uns sind es 10 Milliarden Euro mehr!)

Ich kann nur den Gemeinderäten und Stadtvätern raten:

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, Ih

-Evelyne Merkel (SPD):

Schauen Sie nach, was Sie dadurch alles gewonnen haben, und investieren Sie in die kleinen und mittelständischen Betriebe und die Handwerker.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: 16 Milliarden Euro strukturelle Unterdeckung und kein einziger Vorschlag!)

Machen Sie Ih

Schönen Dank und schöne Pfingsten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Bartholomäus Kalb, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

(C)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein bisschen zur Szenerie: Im Juni 2003 stand in der „Passauer Neuen Presse“: Schröder lehnt höhere Steuern ab. Ende des Jahres 2004 bzw. Anfang dieses Jahres sagte Müntefering im „Handelsblatt“: Mindestens in dieser Legisla

(Otto Fricke [FDP]: Das war die Cartoonseite!)

Jetzt will Eichel die Mehrwertsteuer erhöhen, nicht zuletzt ausgelöst durch das Papier von Frau Hajduk,

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Sie nicht richtig gelesen haben!)

die jedoch heute nichts, aber auch gar nichts dazu gesagt hat.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie fordert Mehrwertsteuererhöhung und sagt nichts dazu!)

Es wäre doch sehr interessant gewesen.

Minister Eichel hat gestern in der Pressekonferenz noch einmal begründet, warum er eine Mehrwertsteuererhöhung für notwendig hält. Er führt aus, dass die Steuerlastquote so dramatisch gesunken sei, dass dies so nicht bleiben könne. Die Steuerlastquote jedoch ist nur ein statistischer Durchschnittswert. Hier muss die Frage gestellt werden: Wer trägt bei uns im Lande überhaupt noch die Steuerlast? Das sind die vielen Leistungserbringer, die immer geringer werdende Zahl der Erwerbstätigen, die die komplette Steuer- und Abgabenlast zu tragen haben.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das alles ist Ausfluss der katastrophalen wirtschaftlichen Lage, in der wir uns befinden.

Wir haben heute früh über die Steuerreformen und die Vorschläge diskutiert. Von einigen ist eine strukturelle Reform des Steuerrechts angemahnt worden. Aber 90 verschiedene steuerrechtsändernde Gesetze, die Sie in sechs Jahren auf den Weg gebracht haben, haben doch nicht zur Vereinfachung und zu mehr Durchsichtigkeit und Nachvollziehbarkeit des Steuerrechts geführt, sondern zu einer Verkomplizierung in einem bisher nicht für möglich gehaltenen Ausmaß.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Kollege Kampeter hat schon darauf hingewiesen: Sie haben sich darauf gestützt, Steuern zu erhöhen. Sie brauchen sich nur den BMF-Bericht für den Monat April und die Einnahmenentwicklu

-
ken, dass die Einnahmen in den Bereichen Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Ökosteuern, Energiesteuer und Stromsteuer nicht gestiegen, sondern gesunken sind. Dies müsste man zumindest doch berücksichtigen.

Der Haushalt gerät immer stärker aus den Fugen. Ich will doch darauf hinweisen, wie weit Sie jeweils von der Wirklichkeit entfernt sind. Im Jahre 2002 haben Sie für